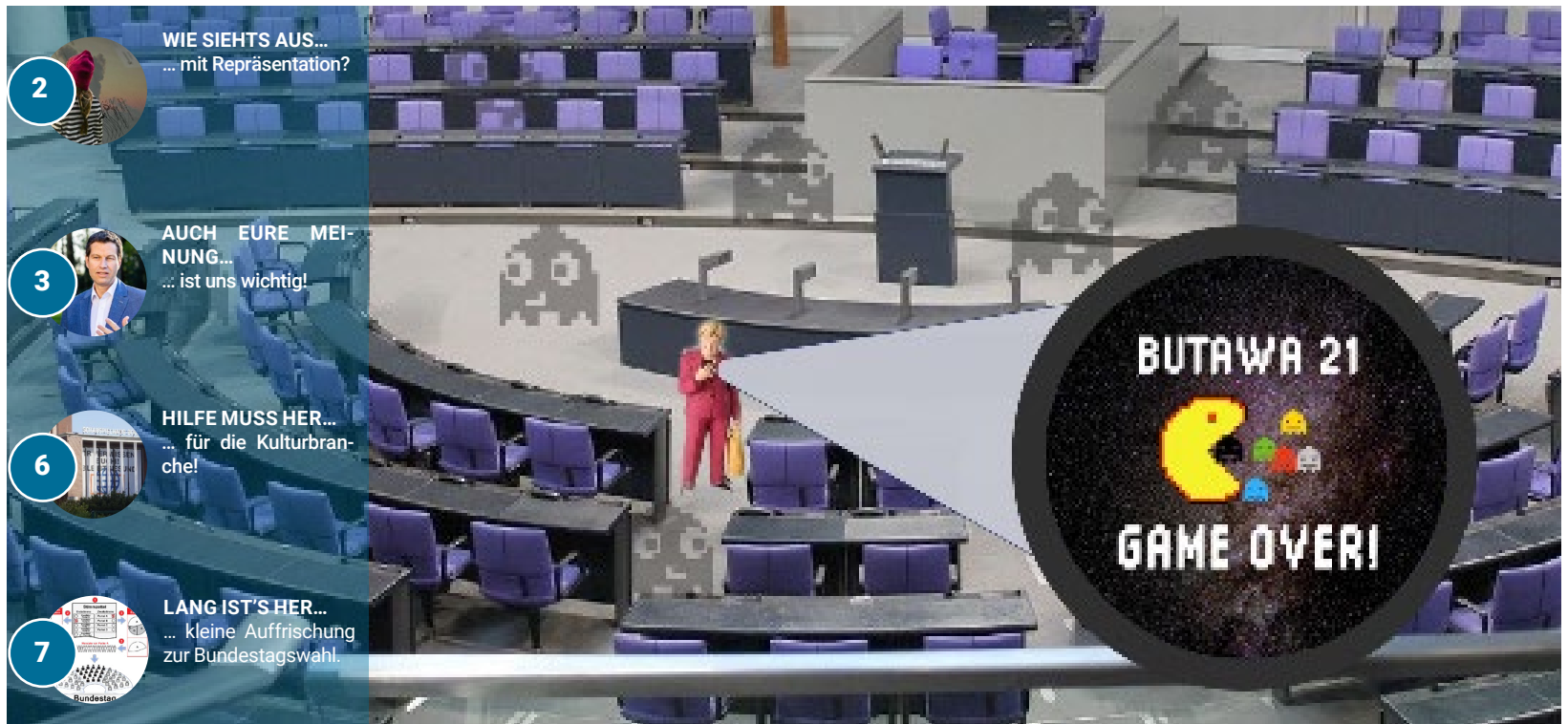




Wer steht bald im Bundestag? Die Wahl am Ende des Monats könnte richtungsweisend sein, denn mit dem Ende der Ära Merkel beginnt eine neue Runde.

Bild: bona

WAHLEN

Zücht die Stimmzettel!

Nicht mehr lang und wir dürfen uns wieder an der Bundestagswahl beteiligen. Doh bis dahin heißt es Trielle, Skandale und ein Haufen Nachrichten. Wir bleiben bei den Basics und klären auf!

2021 darf nicht das Jahr der jugendlichen Politikverdrossenheit werden, obwohl einige angesichts der anrollenden Klimakrise dazu neigen könnten. Doch bei der Wahl am 26. September ist der Ausgang ungewisser als es viele Studierende jemals bewusst erlebt haben. Mit dem Ende der

Merkel-Ära wackelt der Anspruch der CDU auf Regierungsbeteiligung, auf den sie sich seit 2005 verlassen konnte. In dieser Ausgabe widmen wir uns der studentischen Sicht auf die Wahlentscheidung. Dafür stellen wir Euch einige junge Politiker:innen vor, die das doch recht hohe Durchschnittsalter der zur Wahl Stehenden wieder etwas nach unten korrigieren. Außerdem werfen wir einen Blick in die Wahlprogramme und achten dabei neben den Kernthemen besonders auf die für Studis relevanten Themen. Dazu liefern wir auch noch die wichtigsten Infos, die Ihr benötigt, um von Eurem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

:Die Redaktion

➔ MEHR IN DIESER AUSGABE

POLITIK

Wählen? ja, bitte!

Darum sollte auch der größte Wahlmuffel endlich ein Kreuz setzen.

2021 ist ein Superwahljahr: Wir – das heißt ganz Deutschland – wählen einen neuen Bundestag. Die Ära Merkel wird nach 16-jähriger Amtszeit enden. Das bedeutet Umbruch, Neues, das bedeutet Bewegung und auch Unbekanntes, denn gerade die jüngeren Wähler:innengenerationen erleben erstmals einen Wechsel auf der Bundeskanzler:innenposition. Und dieser Wechsel bietet viel Potenzial: Wenn wir alle unsere Stimmen nutzen würden, anstatt die Wahlen einfach an uns vorbei ziehen zu lassen – denn das tun an die 20 Prozent der Deutschen – könnten wir etwas bewegen. Dieses ominöse „Etwas“

ist für jede:n etwas anderes: die einen wünschen sich, dass eine bestimmte Partei endlich im Bundestag dominiert, die anderen, dass andere Parteien an Einfluss verlieren. Blöd ist's nur, wenn es beim „Wünschen“ bleibt. Wählen ist keine große Sache, insbesondere nicht, wenn sich sogar auf Briefwahl zurückgreifen lässt. Falls Ihr kein Wahllokal aufsuchen wollt, aus welchen Gründen auch immer, seien sie privat oder möge es an den steigenden Corona-Fallzahlen und einem damit einhergehenden Gefühl der Unsicherheit liegen, könnt

Ihr Euer Wahlformular bequem und in Ruhe zuhause ausfüllen und einschmeißen gehen. Tut nicht weh und dauert nicht lang. Sorgt aber dafür, dass Eure Stimme gehört wird. Geht wählen, um am Ende nicht mit Bauchschmerzen auf die Wahlergebnisse zu blicken, in die ihr euch nicht eingebracht habt.

:Rebecca Voeste

:bszank – Die Glosse

Der Wahlkampf in Deutschland ist schmutziger geworden. Natürlich war es in der Vergangenheit auch kein ehrenvoller Streit zwischen Aufrechten, und die Wahl 2021 muss nicht zum „Modernen Krieg“, der alles ändert, stilisiert werden. Doch scheint es besonders in diesem Wahlkampf normal geworden zu sein, dass Industriellenverbände und andere Interessensgruppen viel Geld aufbringen, um Schmutzkampagnen ins Laufen zu bringen. Das Ziel sind dabei häufig die Grünen. Eine Werbeaktion eines rechtsextremen, AfD-nahen Unternehmens gegen die Grünen wurde selbst von der CDU verurteilt. In Deutschland gibt es keine Transparenz bei der Einstellung von PR-Agenturen für den Wahlkampf. Der Wahlkampf, der bereits um den Brexit zu Bekanntheit kam – Verdrehung von Fakten, Desinformation und Manipulation – scheinen ihren Platz in Deutschland dauerhaft gefunden zu haben.

:kjan

➔ BESUCHE UNS IM NETZ

Alle Artikel und mehr im Internet unter:
Website | bszonline.de
Facebook | :bsz
Twitter | @bszbochum
Instagram | @bszbochum

REPRÄSENTATION

Politik vs. Jugend

Die Welt rund um die politischen Entscheidungen scheint alt, weiß, binär und überbürokratisch. Junge Menschen und Menschen of Color sind hier selten zu sehen! Doch sind diese Menschen wirklich so unpolitisch?

Oder werden sie einfach nur ignoriert? Junge Menschen zeigen sich wohl politisch und das sehr weitläufig! Wir haben für Euch das Ganze aufgelistet.

BEJANNY, 21 Mitglied Grüne Jugend

„Ich war vor meinem Politikwissenschaftsstudium nicht wirklich politisch aktiv, wollte aber Wissen aus meinem Studium mit der Praxis kombinieren, Leute kennenlernen und auf kommunaler Ebene Einfluss nehmen und was zu verändern. Aktuell bin ich primär in den Jugendorganisationen tätig und fühle mich auch ernst genommen. Ich möchte aber nicht absprechen, dass es in Arbeitskreisen nicht passieren kann, dass die Meinung nicht ernst genommen wird. Grundsätzlich kann ich mir aber vorstellen auch in Zukunft in der Politik zu arbeiten, jedoch glaube ich nicht, dass ich mich in der Rolle des Politikers sehe.“

Bei dieser Bundestagswahl haben wir 5,1 Millionen Jungwähler! Das sind Menschen im Alter von 18 bis 24 Jahren. Mehr als die Hälfte, ganze 2,8 Millionen sind Erstwähler.

Bei der diesjährigen Bundestagswahl sind von den 60,4 Millionen Wahlberechtigten, 6,7 Millionen unter 30 und gehören der Gruppe der GEN Z oder Y an.

DIE MITGLIEDSCHAFT IN POLITISCHEN JUGENDORGANISATIONEN:

In den politischen Jugendorganisationen können Jugendliche und junge Erwachsene bis zu einem bestimmten Alter politisch aktiv sein. Das variiert von der Regelung der Mutterpartei, deswegen können einige Jugendorganisationen auch mal etwas älter sein, als die eigentliche Definition von „junger Mensch“ in Deutschland vorgibt. Die besagt, dass Menschen im Alter von 14 – 18 als jugendlich gelten im Alter von 18 – 27 als junge und volljährige Menschen.

Im Bundestag sind aktuell folgende Tochterparteien vertreten:

Junge Union (CDU), Jungsozialist:innen (SPD), Linksjugend (Die Linke), Grüne Jugend (Bündnis 90/Die Grünen), Junge Liberale (FDP), Junge Alternative für Deutschland (AfD), Liberal-Konservative Jugend (Liberal-Konservative Reformier), HintnerJugend (Die Partei)

POLITISCHE JUGENDORGANISATIONEN VON SONSTIGEN PARTEIEN:

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (DKP), Junge Nationalisten (NPD), Junge Ökologen (ÖDP), Rebell (MLPD)
:Abena Appiah

Wusstet ihr schon...?

Es gibt auch Kinder- und Jugendparteien vertreten die Interessen von Schüler:innen, Studierenden, Kindern und Jugendlichen. Meistens treten sind diese Parteien jedoch bei Kommunalen Wahlen an, denn dort hat man ab dem 16. Lebensjahr das Wahlrecht. Zudem sind die Themen meist eher regional und richten sich direkt an Missstände in den Kommunen. Jugendparteien haben meist keinen Status einer Partei nach dem deutschen Parteigesetz, sondern treten meist als Wählervereinigung an, da sich dies einfacher gestaltet, um anzutreten zu können.

SEBASTIAN, 20 Mitglied SPD, kandidiert für den Stadtrat

„Viele „Altherren“ waren der Meinung, dass junge Menschen keine Erfahrung hätten. Dort habe ich aber auch gelernt: Gerade als junger Mensch in verkrusteten alten Parteistrukturen auf dem Land verschafft man sich am ehesten Gehör und Respekt, indem man auf den Tisch haut und klar seine Positionen äußert und verteidigt. Ich glaube, das wichtigste für unseren Ortsverein war es, zusehen, dass ein Generationenwechsel nicht nur gut tut, sondern dringend nötig ist. Seitdem befinden sich alle Parteimitglieder auf Augenhöhe. Egal, welches Alter, welches Parteiamt oder wie viele Stadtrats-Jahre sie auf dem Buckel haben.“

RUB: Politisch!

Auch unsere Universität hat bereits einige Politiker:innen hervorgebracht.

Wenn ihr politisch interessiert seid, ist es möglich, sich in der Hochschulpolitik zu engagieren, um dort erste politische Luft zu schnuppern.

Zu den RUB-Absolvent:innen zählen unter anderem:

SYLVIA LÖHRMANN

Löhrmann ist bei der Partei Bündnis 90/Die Grünen aktiv. Von 2010 bis 2017 war sie Ministerin für Schule und Weiterbildung und ebenfalls stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes NRW. Sie hat bei uns Englisch und Deutsch auf Lehramt studiert.

THOMAS EISKIRCH

Der SPD-Politiker und ehemaliges Mitglied des Landtags Nord-



OLIVER WITTKÉ

Der CDUler hat eine lange politische Karriere hinter sich: Er bekleidete bereits das Amt des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, das des Oberbürgermeisters der Stadt Gelsenkirchen und war bis April 2021 Mitglied des Deutschen Bundestages. Wittke hat Geographie und Wirtschaftswissenschaften studiert.

:Rebecca Voeste

:bena

ENGAGEMENT

Aktivismus

Man muss nicht gleich einer Partei beitreten, um sich für persönliche und gesellschaftliche Belange einzusetzen. Viele Menschen, die etwas bewegen wollen, organisieren sich auch selbstständig in anderen Gruppierungsformen. Eine der bekanntesten, die von einer Privatperson gegründet wurde, dürfte Fridays For Future sein – eine Bewegung, die weltweite Wellen schlägt. Wenn ihr jedoch mal gezielt sucht, werdet ihr auch schnell durch Social Media in Eurer nächsten Umgebung fündig werden: In Bochum gibt es beispielsweise seit April 2021 das FLINTA*-Projekt „Take Back The Night“, bei welchem regelmäßig Aktionen organisiert werden, die dazu führen sollen, das Nachtleben für FLINTA*s angenehmer zu gestalten. Manche Personen sehen auch eindeutig Vorteile in aktivistischen Gruppen gegenüber dem Beitritt in eine Partei, gerade auch für Jüngere:

„Politisches Engagement oder auch Zivilgesellschaftliches Engagement ist super wichtig, weil es oft schneller auf akute

Probleme reagieren kann. Politische Akteur:innen insbesondere aber auch Institutionen wie Parteien sind da viel langsamer. Das liegt vor allem aber auch daran, dass Parteien erst mal alles und jeden ausdiskutieren müssen, bevor sie überhaupt in Erwägung ziehen, einfach mal zu machen und besonders erst dann aktiv werden, wenn sie merken, dass sie potenzielle Stimmen verlieren können. Bei jungen Menschen kann ihnen das egal sein, weil sie wissen, dass junge Menschen a) keine Interessenvertretung haben und b) oft nicht mal wählen können. Das wurde mir kurz vor dem Corona-Abitur erst richtig klar und hat mein persönliches Bild von Parteien sehr stark beeinflusst. Daher habe ich mich auch bewusst dazu entschieden, eben keiner Partei beizutreten, sondern einfach mein Engagement auf Grass Roots Ebene einzusetzen.“ :Rebecca Voeste

Politisches Engagement oder auch Zivilgesellschaftliches Engagement ist super wichtig, weil es oft schneller auf akute Probleme reagieren kann. Politische Akteur:innen insbesondere aber auch Institutionen wie Parteien sind da viel langsamer. Das liegt vor allem aber auch daran, dass Parteien erst mal alles und jeden ausdiskutieren müssen, bevor sie überhaupt in Erwägung ziehen, einfach mal zu machen und besonders erst dann aktiv werden, wenn sie merken, dass sie potenzielle Stimmen verlieren können. Bei jungen Menschen kann ihnen das egal sein, weil sie wissen, dass junge Menschen a) keine Interessenvertretung haben und b) sie oft nicht mal wählen können. Das wurde mir kurz vor dem Corona-Abitur erst richtig klar und hat mein persönliches Bild von Parteien sehr stark beeinflusst. Daher habe ich mich auch bewusst dazu entschieden, eben keiner Partei beizutreten, sondern einfach mein Engagement auf Grass Roots Ebene einzusetzen.

Yasmin, Politologin Initiatorin Diverse Young Leaders & Yami Politik :bena

REPRÄSENTATION

Daten und Zahlen

Auf den Zahn gefühlt: So steht es statistisch um die stärksten Parteien Deutschlands. Wir erläutern.

Dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) unsere stärkste Partei ist, dürfte für niemanden eine Neuigkeit sein. Mit 419.340 Mitgliedern (alle Angaben Stand 2019) lässt die SPD die 405.816 Mitglieder der Christlich Demokratische Union (CDU) hinter sich

zurück. Alle anderen Parteien sind zahlenmäßig deutlich abgeschlagen. Es folgt die Partei Bündnis 90/Die Grünen mit 96.487, die Freien Demokraten mit 65.479 Mitgliedern, die Linke mit 60.863 und Parteien wie die Alternative für Deutschland (AfD), die mit einer Anzahl von 34.751 nochmal deutlich dahinter liegen. Die Parteien gleichen sich jedoch stark in ihrem Durchschnittsalter: Es liegt bei der SPD bei satten 48,8 Jahren, bei der FDP bei 48,9 Jahren, und die CDU knackt die 49. Einzig die Grünen stechen mit 41 Jahren aus dem Raster hervor. Die AfD hingegen machte keine Angaben. Richtig interessant wird es, wenn man sich den prozentualen Anteil der Geschlechter anschaut. Auch hier schneiden

die Grünen am besten ab. Sie haben einen Frauenanteil von 41 Prozent. Das Ziel, 50 Prozent, ist noch nicht erreicht, aber in greifbarere Nähe gerückt. Die Linke hat immerhin einen Frauenanteil von 36,4 Prozent. Die SPD weist lediglich einen Frauenanteil von 32,8 Prozent auf, die CDU von 26,5 Prozent, die FDP liegt mit 21,6 Prozent dahinter und die AfD hat nur 17,8 Prozent vorzuweisen. Problematisch ist allerdings, dass es gar keine Angaben zu People Of Color in den Parteien gibt und gerade diese fehlende Statistik weist auf ein zentrales Problem hin: Unsere Politik ist weiß. POC sind insgesamt unterrepräsentiert. Diaby, SPD-Politikerin im Bundestag und Aminata Touré, Bündnis90/Die Grünen :Rebecca Voeste

Motzrunde

Wir haben Euch gefragt, was Ihr von dem aktuellen Wahlkampf und der deutschen Politik im Allgemeinen haltet. Viele zeigten sich unzufrieden mit dem politischen Geschehen, doch arbeiten auch an Veränderungen. Ihr seid aktiv in Parteien, aber auch anderen Bündnissen, die sich politisch engagieren. Was die Umfragen aber grundsätzlich klar gemacht haben und auch bestätigt wird: Wir sind uns nicht sicher!



PARTEIPROGRAMME

Wer solls werden?

Die Bundestagswahl steht vor der Tür, und wir alle müssen uns mal wieder entscheiden, wo wir unser Kreuz machen wollen. Um Euch die Entscheidung, oder auch nur Eurer Recherche einen Ansporn zu geben, haben wir die Programme der großen Parteien zu Themen, die Studierende besonders betreffen, zusammengefasst.

A fD (Die Alternative für Deutschland)**Bildung und Forschung**

Am 20. Mai veröffentlichte die AfD ihr Bundestagswahlprogramm „Deutschland. Aber normal“. In Sachen Bildung liegt hier ein großer Fokus auf Berufsausbildungen, unter dem Motto „Meister statt Master“. Das berufliche Bildungs- und Ausbildungssystem soll gestärkt werden.

Digitalisierung sei wichtig, müsse jedoch nach „den Prämissen der Sinnhaftigkeit und Arbeitserleichterung“ bewertet werden.

An deutschen Schulen würde „die unkritische Übernahme ideologischer Vorgaben“ gefördert. Stattdessen soll die „Neutralität der Schule“ wiederhergestellt werden.

Der Einfluss von Lobbygruppen auf das Bildungswesen soll reduziert werden, da dieser eine „Reduzierung der Bildungsanforderungen“ zur Folge habe.

Die AfD will Konfuzius-Institute aus den Hochschulen lösen, um den Einfluss Chinas einzugrenzen.

Die AfD bewertet Bologna als gescheitert und will Diplom und Magister wieder einführen. Hochschulen sollen besser finanziert, und die Abhängigkeit von Drittmitteln reduziert werden.

„Gender-Ideologie“ bezeichnet die AfD – im Widerspruch zu Erkenntnissen der Biologie – als „im Widerspruch zu Erkenntnissen der Biologie“, und will Gender Studies an Universitäten nicht mehr fördern. Auch Gleichstellungsbeauftragte sollen abgeschafft werden.

Verkehrspolitik

Die AfD möchte ein „besser ausgebautes und abgestimmtes öffentliches Nah- und Fernverkehrsnetz“ schaffen. Besonders das Schienennetz müsse ausgebaut werden, und eine Verkürzung der Reisezeiten ist oberstes Ziel.

:kjan

**B** ündnis 90/Die Grünen**Bildung und Forschung**

„Bildung und Inklusion schaffen die Grundlagen, den eigenen Weg im Leben selbstbestimmt gehen zu können“, zeigen sich die Die Grünen in ihrem Wahlprogramm überzeugt. Daher sind sie „für gemeinsames Lernen und individuelle Förderung für alle Kinder von der KiTa (...) bis zum Schulabschluss“. Notwendig seien dafür Investitionen in schulische Infrastruktur, in Bildungs- und Weiterbildungsprogramme für Erziehende und Lehrende, sichere Arbeitsverhältnisse und guter Lohn. Das gleiche gelte für Wissenschaft und Forschung an Hochschulen und in Betrieben. Zudem fordern sie: „Abitur auf dem zweiten Bildungsweg, der Beginn einer Lehre mit Mitte 30 oder der erste Studienabschluss überhaupt in der Familie – das alles muss möglich sein“.

Angehen wollen Die Grünen all das, indem sie etwa Quereinsteiger:innen den Weg in den Erzieher:innen- und Lehrer:innenberuf erleichtern, einen „Corona-Rettungsschirm für Kinder und Jugendliche“ verabschieden, nachhaltige Entwicklung an den Schulen lehren, höhere Mindestlöhne für Azubis festlegen und das BAföG so umgestalten, dass es elternunabhängig und unbürokratischer ist. Die Förderpolitik für wissenschaftliche Forschung soll nach den UN-Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet werden. Bis 2025 wollen Die Grünen mindestens 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung investieren. Im Zuge dessen wollen sie die Digitalisierung vorantreiben, die Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen sicherer gestalten und eine Frauenquote einführen. Wie schon in den letzten Bundestagswahlprogrammen ist bei den Grünen von einer Zivilklausel, die die Zusammenarbeit von Hochschulen mit Armee und Rüstungsindustrie untersagt, nicht die Rede.

Verkehrspolitik

Die Grünen verstehen sich als Öko-Partei, daher sind für sie der Ausbau des ÖPNV und die Förderung von Verkehrsmitteln ohne Brennstoff wichtig. Insgesamt soll das Bus- und Bahn-Netz flächendeckend, Busse auf E-Technologie umgestellt, autonomes Fahren verbessert und die Anzahl der Fuß- und Radwege bis 2030 verdoppelt werden. Ein „Mobilpass“ soll die Nutzung des ÖPNV in ganz Deutschland übersichtlicher und günstiger machen.

:lewy

C DU (Christlich Demokratische Union Deutschlands)**Bildung und Wirtschaft**

Über Themen der universitären Lehre und Bildung liefert das 139-seitige Wahlprogramm der CDU keine ausführlichen Vorschläge. Vereinzelt finden sich Ziele wie die Schaffung von 5.000 Plätzen für die Humanmedizin und der allgemeine Ausbau von dualen Studiengängen. Das Thema der universitären Lehre wird nicht angeschnitten. Auch Studierende werden im Wahlprogramm nicht erwähnt. BAföG möchte die CDU auch über die bisherige Altersgrenze von 35 Jahren hinaus fördern und „den Zweck des BAföG um eine zweite Berufsausbildung“ erweitern. Zur Änderung der Darlehensstruktur enthält sich das Programm.

Im Bereich der Forschung und Wissenschaft setzt die CDU vor allem auf Spitzenforschung und private Gründungen. Dafür sollen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung gemessen am BIP auf 3,5 Prozent steigen. Auch soll die Exzellenzstrategie weiter gefördert werden und die CDU bekennt sich zum Pakt für Forschung und Innovation, durch den angewandte Forschungsinstitute wie die Fraunhofer Gesellschaft weiter gefördert werden sollen. Das erklärte Ziel ist: „mindestens eine deutsche Universität in die Top 20 der Welt zu bringen.“ Mit einer „technologieoffenen“ Projektförderung soll dadurch die Forschung unter anderem an Quantencomputern, KI- und Blockchain-Technologie und Raumfahrt vorangetrieben werden. Größtenteils unerwähnt bleibt jedoch die Klimaforschung, die im gesamten Program nur im Zusammenhang mit kleinen Satelliten zur Erdbeobachtung erwähnt wird.

Verkehrspolitik

Leitbild der Verkehrspolitik der CDU ist: „Mobilität muss einfach, flexibel und komfortabel für Jung und Alt sein – auf dem Land, in der Stadt und auch für mobilitätseingeschränkte Personen.“ Um dies zu erreichen, soll in allen Bereichen neue Verkehrsinfrastruktur, wie Schienennetze, Autobahnen und Bundesstraßen oder auch Ladestationen gebaut werden. Auf den Schienen soll im Nah- und Fernverkehr der einheitliche Deutschlandtakt eingeführt werden. Für 18-jährige soll das Interrail-Ticket im Rahmen des „DiscoverEU-Programms“ künftig kostenlos sein.

:stem



Die Linke

Bildung und Forschung

Die Linke will Privatisierung und Ökonomisierung in der Bildung bekämpfen.

Ein Programm zur Schulsozialarbeit soll Kindern aus nicht-Akademiker-Familien den Weg an Universitäten erleichtern.

Hybride Lehrformen „dürfen nicht zu einer neuen sozialen Spaltung führen“, und eignen sich laut der Linken nicht als Sparmodelle.

Die Bundeswehr soll weder an Schulen noch Universitäten werben.

Auch mit Fachabitur oder Berufsausbildung soll ein Studium möglich sein.

Studiengebühren soll es nicht geben.

Die Linke setzt sich für ein „rückzahlungsfree, elternunabhängiges, bedarfsgerechtes BAföG“ ein. Der Fördersatz müsse regelmäßig evaluiert werden, Leistungsüberprüfungen abgeschafft, und der Zugang für Menschen mit Duldung, Aufenthaltsge-stattung und humanitären Aufenthaltstiteln müsse gegeben werden. Auch allgemein soll der Zugang zum Studium für diese Menschen, aber auch ausländische Studierende vereinfacht werden.

Zugangs- und Zulassungsbeschränkungen sollen in einem Hochschulzulassungsgesetz abgeschafft werden.

Für Bachelor-Absolvent:innen soll der Zugang zu Master-Studiengängen zulassungsfrei sein.

Fachschaften sollen finanziell gestärkt werden, mit dem Ziel der „Demokratisierung der Hochschulen“. Dazu sollen Studierendenschaften bundesweit ein allgemeinpölitisches Mandat erhalten und Studierende als Statusgruppe gestärkt werden.

Prekäre Arbeit in Wissenschaft und Forschung müsse abgeschafft werden, und unbefristete Stellen gewährleistet sein.

Mehr Entscheidungskraft und Verantwortung soll von Professor:innen auf Abteilungen und andere feste Stellen verlegt werden.

Tarifverträge und Personalräte müsse es auch für studentische Beschäftigte geben.

Eine 50-prozentige Frauenquote soll auf allen Ebenen durchgesetzt werden.

Das Verwaltungspersonal an den Universitäten müsse bessere Arbeitsbedingungen garantiert bekommen.

Hochschulen, Forschung aber auch Wohnheime, Mensen und Studierendenwerke wollen die Linken stärker durch den Bund fördern.

Bei der Forschung sind der Linken mehr Transparenz in Verträgen, bessere Digitalisierung, und Zivilklauseln an allen Einrichtungen wichtig.

Als Kontrast zum „neoliberalen Mainstream in den Wirtschaftswissenschaften“ sollen nicht-kapitalistische Ansätze gestärkt werden.

Verkehrspolitik

Ticketpreise im ÖPNV sollen schrittweise „bis zum Nulltarif“ gesenkt werden, beginnend mit Sozialtickets und einer Entkriminalisierung von Schwarzfahren.

Der ÖPNV soll gleichzeitig flächendeckend – statt beispielsweise Autobahnen – ausgebaut werden, um bis 2030 die Zahl der Nutzer:innen zum Vor-Pandemie-Wert zu verdoppeln.

Bessere und übersichtlichere digitale Angebote müssen für die Linke im ÖPNV mit weiterhin analoger Zugänglichkeit Hand in Hand gehen.

:kjan

DIE LINKE.

Freie Demokraten

FDP

FDP - reie Demokratische

Bildung und Wissenschaft

Die FDP sieht moderne Hochschulen als Grundlage für Innovation und Fortschritt bei der Bekämpfung globaler Herausforderungen. Mit einer modernen Forschungspolitik sollen Chancen neuer Technologien gesehen, und verantwortungsvoll mit Gefahren umgegangen werden.

Die Gründung einer European Digital University (EDU) soll mit vorrangig digitalen Lehrformaten Menschen in ganz Europa einen ortsunabhängigen Zugang zu Lehrangeboten ermöglichen. Diese Plattform soll die digitalen E-Learning-Angebote beteiligter staatlicher und privaten Hochschulen aller EU-Staaten zusammenfassen.

Bei dem Thema BAföG setze man bei der FDP auf ein elternunabhängiges Baukasten-BAföG. Analog zum Kinderfreibetrag der Eltern wäre hier ein monatlicher Sockelbetrag von 200 Euro zu erhalten sowie weitere 200 Euro Zuschuss bei ehrenamtlichen Tätigkeiten oder Nebentätigkeiten. Für die finanzielle Flexibilität Sorge ein monatlich anpassbares, zinsfreies und erst bei gutem Einkommen rückzahlbares Darlehen. Die Förderungsdauer soll die Regelstudienzeit plus zwei Semester umfassen. Zudem soll die Höchstaltersgrenze und Zuverdienstgrenze aufgehoben, sowie die Beantragung und Verwaltung digitalisiert werden.

Bei einer sogenannten Qualitätsoffensive für die Hochschullehre sollen Mittelzuweisungen auch auf Basis qualitätsorientierter Kriterien erfolgen. Mithilfe bundesweiter Beratung sollen Hochschulen und Lehrende bei Fragen zur digitalen Lehre unterstützt werden. Das Kapazitätsrecht zur Regulierung der Studienplätze soll reformiert werden, um mehr Investitionen in digitale Lehrangebote und bessere Studienmodule zu ermöglichen. Das Programm „Erasmus+“ soll weiterentwickelt, und weitere Staaten in das Programm aufgenommen werden. Zudem sollen auch Schüler:innen unabhängig vom Einkommen der Eltern sechs Monate der Schulzeit im europäischen Ausland absolvieren können.

Mit besseren Rahmenbedingungen für Wissenschaftskarrieren soll für mehr Diversität gesorgt sein. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist dabei zentral und soll durch mehr selbstbestimmte Forschungszeiten und Lehrverpflichtungen verbessert werden.

Verkehrspolitik

Die FDP möchte die Infrastruktur und den Bahnbetrieb voneinander trennen. Das Netz soll weiterhin Eigentum des Bundes bleiben, während der Betrieb privatisiert werden soll. Ziel ist es, durch den damit entstehenden Wettbewerb mehr Angebote und niedrigere Fahrpreise für Kund:innen zu schaffen und mehr Personen zu transportieren. Zudem setzt man auf die Sanierung und Modernisierung aller Verkehrswege, deren Planungsverfahren beschleunigt werden sollen.

:afa

SPD - Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bildung und Wirtschaft

Mit dem Mittel der Digitalisierung möchte die SPD Universitäten und Fachhochschulen ermöglichen, „Innovationen in guter Lehre“ und „zugleich ihre forschungspolitische Bedeutung“ weiterzuentwickeln. Man setze sich für weniger Befristungen und mehr dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeiten unterhalb der Professur ein. Die SPD wolle, dass „Promovierende für ihre tatsächliche Arbeitszeit bezahlt werden“. Für Studierende plant die SPD einen Sozialtarif für den Internetzugang einzurichten. BAföG soll schrittweise zu einem Vollzuschuss zurück gewandelt werden sowie Förderansprüche und Altersgrenzen erhöht werden.

Die Ausgaben für die Forschung entsprechend des BIPs sollen auf 3,5 Prozent angehoben werden. Neben „Zukunftstechnologien“ wie Quantentechnik, KI, „Alternativverfahren“ und Wasserstoff soll auch geistes-, sozial-, und kulturwissenschaftliche Forschung stärker gefördert werden. Auch Open Science und Wissenschaftskommunikation erhalte mehr Förderungen. Klimaforschung wird in diesem Zusammenhang nicht explizit genannt.

Verkehrspolitik

Zur Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs verpflichtet sich die SPD, einen Mobilitätsplan 2030 vorzuschlagen. Damit soll durch Ausgleichszahlungen des Bundes beispielsweise die Modernisierung der kommunalen Bus- und Bahnflotten stattfinden, so dass diese bis 2030 klimaneutral sind. Auch soll das Straßenverkehrsrecht geändert werden, damit mehr Platz für öffentlichen Verkehr sowie Fußgänger:innen und Radfahrer:innen zur Verfügung steht. Die Deutsche Bahn soll sich künftig gemeinwohlorientiert ausrichten. Modellprojekte wie das 365-Euro-Ticket und ticketfreien Nahverkehr unterstütze die SPD im Allgemeinen, beschreibt dabei jedoch keine konkreten Programme. Durch elektrische Antriebe will die SPD sicherstellen, dass „die Automobilindustrie Leitindustrie bleibt.“ Außerdem soll ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen eingeführt werden.

:stem

SPD

WELT:STADT

Vorschlag für bezahlbaren Wohnraum

Die Bundestagswahl entscheidet auch über hohe Mieten, die in vielen Großstädten ein Problem sind. Ein Vorschlag der Linken hätte Auswirkungen auf Bochum.



Bezahlbares Wohnen wird in vielen Großstädten zum Problem. In Bochum sind beispielsweise 52 Prozent der Miethaushalte überbelastet. Das heißt, dass nach Abzug von Steuern mehr als ein Drittel des monatlichen Einkommens für Mietkosten bezahlt wird. Diese hohen Kosten, verursacht durch Wohnungsknappheit und starke Mietpreiserhöhungen habe viele negativen Folgen, wie ein Sprecher vom Berliner Mietenstopp-Bündnis sagt: „Wir sehen die Wohnungslosen in der Stadt. Wir sehen die Obdachlosen in der Stadt. Wir alle kriegen ständig Mieterhöhungen. Oder wenn es in der WG nicht läuft, muss man diese Konflikte ständig mit sich rumtragen, weil man kann ja nicht mal ausziehen, weil die Wohnungen fehlen.“

Der Wahlsonntag des 26. September entscheidet dabei gleich über zwei prominente Initiativen, die zwar in Berlin starteten, aber sich auf das gesamte Land und auch das Ruhrgebiet auswirken können. Zum einen stimmen die Berliner:innen über die Vergesellschaftung von Immobilienunternehmen wie Deutsche Wohnen und Vonovia ab, zum anderen steht bundesweit der sogenannte Mietendeckel weiterhin auf dem Tisch. Denn als das Bundesverfassungsgericht den Berliner Mieten-

deckel im März kippte, nachdem der rot-rot-grüne Senat diesen im Januar 2020 beschloss, ließen die Richter:innen eine wichtige Tür offen. Denn der Mietendeckel sei nicht grundsätzlich verfassungswidrig, stattdessen habe das Land Berlin nicht die nötige Gesetzgebungskompetenz. Denn der Berliner Mietendeckel kollidierte mit der vom Bund beschlossenen Mietpreisbremse. Im Fall einer solchen konkurrierenden Gesetzgebung hat das Bundesrecht Vorrang. Dies schließt jedoch nicht aus, dass eine bestehende oder künftige Bundesregierung den Berliner Mietendeckel aufgreift und bundesweit anwendet.

Einen konkreten Plan hat bislang nur die Linke in einer mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlichten Studie vorgeschlagen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sehe man als „einen klaren Auftrag, eine gesetzliche Grundlage für einen bundesweiten Mietendeckel zu schaffen“, so die wohnungspolitische Sprecherin Caren Lay, ein solcher müsse „regional sehr unterschiedlich und differenziert sein“.

Dazu schlägt die Linke drei Marktkategorien vor: Ausgeglichene und angespannte Wohnungsmärkte sowie Wohnungsnotgebiete. In ausgeglichenen Märkten gelte die bisherige Kappungsgrenze von 20 Prozent oberhalb des Mietpreissiegels auf Neuvertragsmieten. In angespannten Märkten werde die maximale Mietpreiserhöhung in laufenden Verträgen an die Inflationsrate gekoppelt und die Gesamtmiete auf insgesamt 15 Prozent oberhalb des Mietpreissiegels begrenzt. Neuvermietungen unterliegen einem Deckel von zehn Prozent. In Wohnungsnotgebieten dürften keine Mietpreiserhöhungen verhängt und bei Neuvermietungen keine Aufschläge beansprucht werden.



Mieten in der Stadt: Meist teurer als auf dem Land.

Symbolbild

Bochum falle aktuell in die Kategorie des ausgeglichenen Wohnungsmarktes. Allerdings könnte sich dies ändern. Denn gleichzeitig schlägt die Studie vor, Bestandsmieten wieder in den Mietpreisspiegel einzu beziehen. Derzeit werden dafür nur die Neuabschlüsse der vergangenen sechs Jahre verwendet, was laut den Autoren eine selbstverstärkende Marktwirkung habe. Mit dieser neuen Berechnung ist es möglich, dass auch Bochum in die strengereren Kategorien rutscht.

Fraglich ist allerdings, wieviel Unterstützung der Vorstoß in einer rot-rot-grünen Koalition hätte. Sowohl die Grünen als auch die SPD äußern sich in ihren Wahlprogrammen für allgemeine Regulierungsmechanismen, gehen dabei allerdings nicht so weit, wie der Vorstoß. CDU, FDP und AfD stellen sich gegen eine Deckelungen und setzen stattdessen auf Neubau und Ausgleichszahlung wie Wohngeld.

:Stefan Moll

KULTUR:SCHOCK

Abhilfe statt Applaus

Bei der Bundestagswahl steht auch Hilfe für Kunschtchaffende auf dem Programm. Doch welche Partei will was?



Um die Ausbreitung des Corona-Virus einzudämmen, gab es seit März 2020 eine Vielzahl an Maßnahmen, zu denen auch Verbote von Veranstaltungen mit Publikum, Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen gehörten. Wenn auch die Belastung, die diese Maßnahmen auf verschiedene Branchen und Bevölkerungsgruppen hatte, unterschiedlich groß war, und nicht alle Maßnahmen gleichermaßen effektiv waren, schafften sie es jedoch, in einigen Momenten das Schlimmste zu vermeiden und viele Leben zu retten. Besonders Kunschtchaffende kamen während der Pandemie jedoch in eine Krise, und mussten sich neben Einkommenseinbrüchen, Arbeitslosigkeit und Zukunftsängsten auch gefallen lassen, immer wieder implizit als irrelevant bezeichnet zu werden. Dass die Bezeichnung als „systemrelevant“ anderen Bereichen der Gesellschaft schlussendlich nicht unbedingt mehr direkte Unterstützung als den seitdem zynisch belächelten Applaus am Fenster bescherte, ändert nichts daran, dass besonders selbstständige Künstler:innen in einem Limbo existentieller Angst ausharren mussten und müssen.

Neben Maßnahmen auf Landesebene wie dem NRW-Stärkungspaket „Kunst und Kultur“ gab es auch auf Bundesebene Hilfsprogramme – namentlich „Neustart Kultur“. Besonders kritisiert wurde jedoch bei-

spielsweise, dass die Programme zwar die „Fixkosten“ wie Miete von Proberäumen und Ateliers abdecken konnten, andere Lebenserhaltungskosten jedoch außen vor blieben. Auch liege der Fokus zu oft auf prestigeträchtigen Bereichen wie Oper, Theater und sogenannter „ernster“ Musik – im Kontrast zu Unterhaltungsmusik –, während freie Künstler:innen oft lang auf die ihnen versprochene Unterstützung warten mussten und die Beantragung oft kompliziert und undurchsichtig war.

Nun stehen Bundestagswahlen an, und es lohnt sich, ein Auge auf die Wahlprogramme der Parteien zu werfen. Wie die Hilfe für freischaffende Künstler:innen nach der Wahl aussehen wird, hängt stark vom Wahlergebnis ab, denn die Parteien gehen teilweise sehr unterschiedlich mit dieser Frage um. Fangen wir erst einmal mit den aktuellen Regierungsparteien an: Das bundesweite Programm „Neustart Kultur“ soll fortgesetzt werden, und zwar „für alle Akteure und Sparten“. Auch Kultur in ländlichen Bereichen, Kulturdenkmäler und Kinos sollen weitere Förderung erhalten. Die Künstlersozialversicherung (KSK) soll außerdem ausgebaut werden, und Kunschtchaffende sollen in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, sowie Arbeitslosenversicherung mehr berücksichtigt werden. Ähnliche Punkte finden sich im Programm der SPD. Abseits von den Hilfsmaßnahmen wegen der Pandemie spricht sich die SPD auch für ein bundesweites Kulturplenum und festgelegte Mindestgagen und Ausstellungshonorare aus. Die Grünen fordern neben langfristig besserer Finanzierung der KSK auch ein sogenanntes Existenzgeld von monatlich 1.200 Euro, um die akuten Folgen der Pandemie abzufedern. Beteiligung der Künstler:innen an den Gewinnen ihrer Werke soll auch zu einer Verbesserung ihrer Situation



Auch von kleinen Kunschtchaffenden Abhängig: Große Institutionen wie das Schauspielhaus leiden weiter unter der Pandemie.

Bild: Archiv

beitragen. Für die FDP sind Förderprogramme für kleine Unternehmen und Solo-Selbstständige genauso ein Weg zu einer besseren Unterstützung wie vereinfachte Förderanträge und Online-Formate in den Blick zu nehmen. Die Linke befürchtet durch die Corona-Krise finanzielle Kürzungen in der Kulturbranche durch Kommunen und Länder, und will den Bund stärker einbinden, um die Kosten zu bewältigen. Sie kritisieren die Situation der Kulturbranche und fordern Soforthilfe, die sich besser an den Bedürfnissen kleiner und mittlerer Kulturbetriebe sowie selbstständiger Kunschtchaffender ausrichtet. Ein Existenzgeld wie die Grünen fordern sie außerdem genauso wie Ausweitungen des Versicherungssystems und mehr Mitbestimmungsrechte der Künstler:innen gegenüber Verwertungsgesellschaften. Die AfD setzt sich mit diesem Problem in ihrem Wahlprogramm nicht auseinander.

:Jan Krischan Spohr

WAHLSYSTEM

Wir wählen! Doch was?

Nach vier Jahren ist es wieder so weit: Der deutsche Bundestag wird gewählt! Also macht am 26. September (oder vorher per Briefwahl!) fleißig eure Kreuze auf dem Wahlzettel. Doch wie funktioniert so eine Wahl überhaupt? Und was genau wählt man eigentlich?

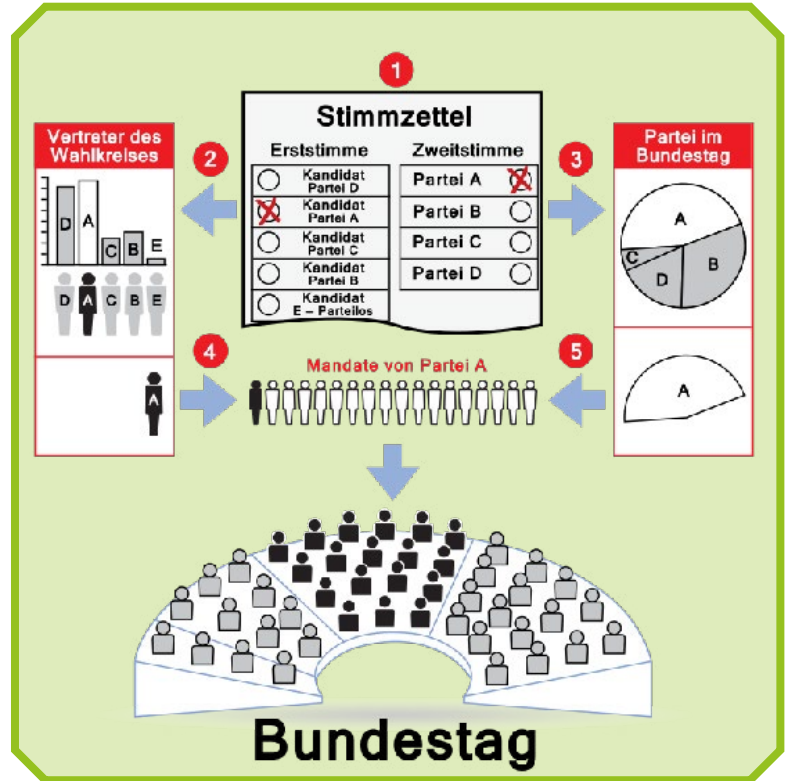
Alle vier Jahre hat jede:r deutsche Staatsbürger:in die Möglichkeit und das Recht, sowohl zu wählen als auch gewählt zu werden. Diese Wahl ist laut dem Grundgesetz, Art. 38 Abs. 1 Satz 1 „allgemein, frei, unmittelbar,

gleich und geheim“. Das sind nicht nur leere Worte, sondern alle von ihnen haben direkte Auswirkungen darauf wie die Bundestagswahl abläuft. Die Allgemeinheit der Wahl bedeutet, dass alle volljährigen Staatsbürger:innen das Recht haben zu wählen und gewählt zu werden. Die Freiheit heißt, dass die Entscheidung bei der Wahl frei und unabhängig getroffen und umgesetzt werden kann, und, dass es keine Wahlpflicht gibt. Unmittelbarkeit drückt aus, dass die Wahlberechtigten ihre Vertreter:innen – die Mitglieder des Bundestags – direkt wählen. Gleichheit bezieht sich auf die Gleichwertigkeit aller Stimmen in ihrer Wertung. Geheim ist

die Wahl, da die Stimmabgabe einzelner Wähler:innen nicht einsehbar oder nachzuverfolgen sein darf. Die Unmittelbarkeit ist besonders wichtig zum Verständnis der Bundestagswahl, denn gewählt wird nicht etwa das Amt des:der Bundeskanzler:in, sondern die Sitze im Bundestag. Das geschieht in der Form von Erst- und Zweitstimme.

:Jan Krischan Spohr

Grafik © Horst Frank CC BY-SA 3.0 (via Wikimedia Commons)



Die **ERSTSTIMME** vergibt man an die Person, die in dem Wahlkreis (insgesamt 299) kandidiert, in dem man wahlberechtigt ist. Die Parteien sind dabei vorerst zweitrangig, auch wenn die meisten Kandidat:innen auch Mitglied einer Partei sind. Wer in einem Wahlkreis die meisten Erststimmen erhält, zieht in den Bundestag ein.

Die **ZWEITSTIMME** wiederum wird an die Landesliste einer Partei vergeben, die daraufhin entsprechend ihrer erhaltenen Stimmen Sitze im Parlament erhält.

Die **SPERRKLAUSEL** legt hierbei fest, dass nur Parteien die über fünf Prozent der Zweitstimmen erhalten, oder mindestens drei Direktmandate über die Erststimme, auch Sitze entsprechend ihres Anteils der Stimmen erhalten.

ÜBERHANGMANDATE

existieren für den Fall, dass eine Partei mit ihren erhaltenen Direktmandaten einen höheren prozentualen Anteil an Sitzen erhält, als sie laut der Zweitstimme erhalten würde. In diesem Fall entsendet sie keine Listenkandidat:innen, aber alle gewählten Direktkandidat:innen ziehen in den Bundestag ein.

Das Amt, welches bei der Bundestagswahl **NICHT DIREKT GEWÄHLT WIRD, IST DAS DER BUNDESKANZLERIN BEZIEHUNGSWEISE DES BUNDESKANZLERS**. Dieses Amt wird von den direkt gewählten Mitgliedern des Bundestages, üblicherweise nach Beendigung der auf die Wahl folgenden Koalitionsverhandlungen, geheim gewählt. Nichtsdestotrotz spielt das Amt des Kanzlerkandidaten beziehungsweise der Kanzlerkandidatin eine

wichtige Rolle im Wahlkampf, und Umfragen zeigen immer wieder, wie wichtige diese Person auch für die Entscheidung der Wähler:innen ist. Dieses Amt ist jedoch ein inoffizielles, welches nicht im Grund- oder Bundeswahlgesetz vorgesehen ist. Deshalb haben auch nicht alle Parteien eine:n Kandidat:in, und auch das Verfahren zur Wahl unterscheidet sich teilweise stark.

Von den Parteien mit Bundestagsfraktion haben drei ein:e **Kanzlerkandidat:in**:



Für die konservative Christliche Demokratische Union (CDU) und Christlich-Soziale Union (CSU) tritt der Ministerpräsident von NRW, **Armin Laschet**, an.



Für die linksliberale Bündnis 90/Die Grünen tritt die Bundestagsabgeordnete und Co-Bundesvorsitzende der Grünen, **Annalena Baerbock**, an.



Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) tritt der Vizekanzler und Finanzminister **Olaf Scholz** an.

Von den Parteien mit Bundestagsfraktion haben drei ein:e **Kanzlerkandidat:in**:

Für die rechtsextreme Alternative für Deutschland (AfD) treten **Tino Chrupalla** (Co-Parteichef) und **Alice Weidel** (Co-Fraktionsvorsitzende) als Doppel-Spitze an.

Für die wirtschaftsliberale Freie Demokratische Partei (FDP) tritt deren Parteivorsitzender **Christian Lindner** als Spitzenkandidat an.

Bei der demokratisch-sozialistischen Partei die Linke treten **Janine Wissler** (Parteivorsitzende) und **Dietmar Bartsch** (Co-Fraktionsvorsitzender) als Spitzenduo an.

IMPRESSUM

bsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung

Herausgeber: AstA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Ron Agethen, Talha Demirci

Redaktion dieser Ausgabe: Rebecca Voeste (becc), Abena Appiah (bena), Augustina Berger (gust), Henry Klur (hakl), Kendra Smielowski (ken), Jan-Krischan Spohr (kjan), Leon Wystrychowski (lewy), Lukas Simon Quentin (luq), Stefan Moll (stem),

V. i. S. d. P.: Jan Krischan Spohr
Anschrift:

bsz
c/o AstA der Ruhr-Universität Bochum
SH Raum 081
Universitätsstr. 150
44780 Bochum
Fon: 0234 32-26900
E-Mail: redaktion@bszonline.de

Im Netz: www.bszonline.de,
facebook.com/bszbochum
twitter.com/bszbochum
instagram.com/bszbochum

Bildnachweise: S.1 rund: Kreuz: CC0; S.2 Rund: bena; S.3 rund Löhmann: 2017-05-04-WDR Wahlarena-1414 - Sylvia Löhmann, Wittke, Oliver Wittke 2013 - Oliver Wittke - Wikipedia - Wikipedia, Eiskirch: Start in den Wahlkampf: Verantwortung in Corona-Zeit hat weiter oberste Priorität - Thomas Eiskirch (thomas-eiskirch.de); S.4&5. Logos: Parteien; S.7. Baerbock: Stefan Kaminski CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons) Laschet: Raimond Spekking CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons)

Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wider, sondern sind in erster Linie Werke ihrer Verfasser:innen.

Bundestagswahl 2021

WAHLEN

Die Aussagekraft der Wahlprognosen

Es ist wieder so weit, die Wahlen stehen bevor und somit auch erneut die Wahlprognosen. Doch wie zuverlässig sind diese eigentlich und warum wird ihnen so viel Glaubwürdigkeit zugesprochen?

Als Wahlprognose bezeichnet man eine durch Meinungsforschungsinstitute getroffene Vorhersage eines Wahlergebnisses und die Schätzung der Wahlbeteiligung. Hierbei werden im Vorfeld einer Wahl Umfragen durchgeführt und auf die Gesamtheit der Bevölkerung hochgerechnet um damit eine fundierte Vorhersage treffen zu können.

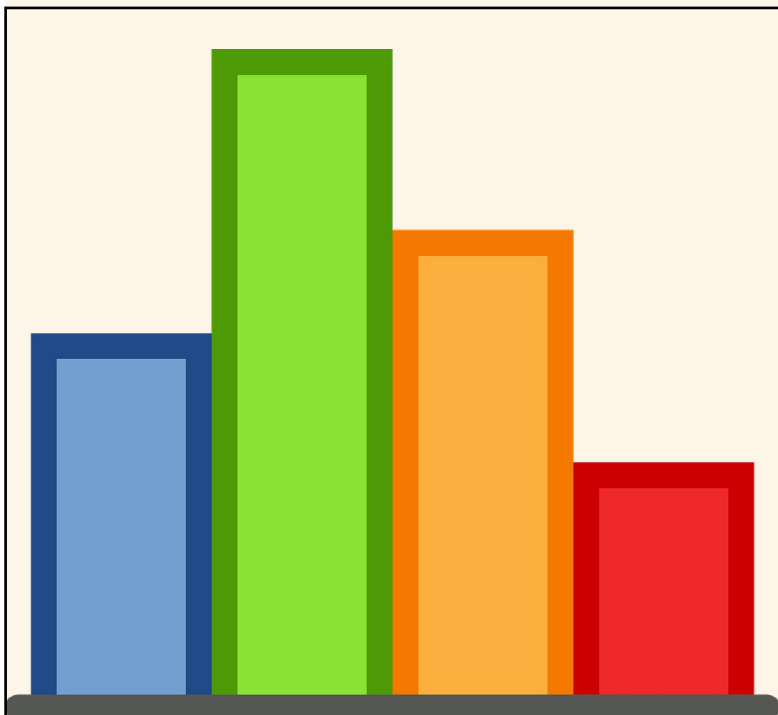
In Deutschland wird mit der sogenannten Sonntagsfrage die politische Stimmung der wahlberechtigten Bevölkerung in regelmäßigen Abständen erhoben. Man spricht von der Sonntagsfrage, weil Wahlen in Deutschland überwiegend am Sonntag abgehalten werden. Über das Internet oder per Telefon stellt sich Befragten demnach die Frage: Was würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Wahlen wären? So kann vor dem eigentlichen Wahltermin ein Stimmungsbarometer erstellt werden. Durchgeführt werden Sonntagsfragen nicht nur von Meinungsforschungsinstituten, sondern auch von Medienkonzernen und wirtschaftlichen Unternehmen. Die Auftraggeber der Wahlumfragen kommen in Deutschland meist aus den Medien. Neben dem Institut für Demoskopie Allensbach führen so auch die Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag des ZDF, Forsa für RTL, Infratest dimap für die ARD und TNS-Emnid für ProSiebenSat.1 Media Wahlumfragen durch.

Die Ergebnisse dieser Umfragen sind aber nicht repräsentativ. Kurzfristige Änderungen bei der Wahlentscheidung am Wahltag können nicht erfasst werden und oft werden Enthaltungen der Wahlstimme bei Umfragen oft nicht zugegeben, um nicht in Kritik zu geraten. Die Aussagefähigkeit der Sonntagsfrage ist somit zweifelhaft und Umfrageergebnisse weichen oft stark vom Wahlergebnis ab. Um die Aussagekraft von Umfrageergebnissen zu beurteilen sind Faktoren wie die Anzahl der Befragten, der Zeitpunkt sowie, wer die Umfrage in Auftrag gegeben hat, zu berücksichtigen.

Wie auch schon die Wahl zum 46. Präsidenten der Vereinigten Staaten, wird die Bundestagswahl 2021 durch die Corona-Krise ähnlich geprägt sein. Die Bedeutung der Briefwahlen und deren Auszählung ist ausschlaggebender als je zuvor. Somit sind auch die Umfragewerte und Politbarometer für eine Vorhersage der Wahlergebnisse kritischer zu betrachten. Die Abgabe der Wahlstimme geschieht mit der

Briefwahl vermehrt im Stillen und ein eindeutiges Ergebnis ist erst nach der Auszählung der Stimmen der Briefwähler:innen festzumachen. Zu hoffen ist natürlich auch, dass uns ein Debakel a la #stopthecount wie in den USA erspart bleibt und unsere Politiker:innen alle Stimmen, sowohl die aus der Wahlkabine als auch per Briefwahl verantwortungsvoll zur Kenntnis nehmen.

:Artur Airich



INFOS

Briefwahl

Nicht nur im Wahllokal könnt Ihr eure Stimme abgeben.

Immer mehr Bürger:innen in Deutschland entscheiden sich gegen den sonntäglichen Gang zum zugewiesenen Wahllokal, sondern für eine Briefwahl. Bei der letzten Bundestagswahl im Jahre 2017 stieg die Briefwahlbeteiligung auf 28,6 Prozent, während diese bei der vorherigen Wahl 2013 nur bei 24,3 Prozent gelegen hatte. Diese Wahlmethode bietet sich besonders an, wenn man schon im Vorhinein weiß, dass man am 26. September, dem diesjährigen Wahltag, nicht zu Hause sein wird. Ganz spontan geht das nicht, denn Ihr müsst zuvor, so früh wie möglich, aber bis spätestens zum 24. September um 18 Uhr, einen Antrag für den Wahlschein gestellt haben.

Das geht auf unterschiedliche Weisen: so findet Ihr beispielsweise auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigung, die mittlerweile jede:r per Post erhalten haben sollte, ein Antragsformular, das nur noch mit ein paar wenigen Daten ausgefüllt werden muss. Dieses kann dann wiederum mit der Post an die Stadt gesendet werden. Das Ganze geht aber auch digital mit einer formlosen Mail an wahlbuero@bochum.de oder unter wahlschein.bochum.de. Mit dem erhaltenen Wahlschein ist es dann sowohl möglich in einem beliebigen Wahllokal wählen zu gehen, das dann auch nicht das zugewiesene sein muss, als auch die Briefwahl zu nutzen. Die dafür benötigten Unterlagen werden zusammen mit dem Wahlschein zugestellt. Darunter findet Ihr auch den Stimmzettel, den Ihr persönlich und unbeobachtet ausfüllen sollt, um ihn dann im beigegefügt blauen Umschlag zu verstauen. Danach muss nur noch die eidesstattliche Erklärung unterzeichnet werden, die dann zusammen mit dem blauen Stimmzettelschlag in einen großen roten Umschlag gehört. Wenn das alles geklappt hat, kann der Umschlag zur Post gebracht werden, wo er innerhalb Deutschlands portofrei verschickt werden kann; nur aus dem Ausland müssen die Versandkosten von den Wähler:innen selbst getragen werden. Es muss kein Grund vorliegen, um die Briefwahl zu beantragen, also bietet sich das Verfahren nicht ausschließlich für jene an, die am Wahltag verhindert sind, sondern auch für alle, denen die Wahl von zu Hause bequemer scheint oder es einfach nicht mehr erwarten können endlich ihr Kreuzchen machen zu dürfen.

:Henry Klur